

Andelfinger Zeitung, Sonntag, 14. Juli 2024

FORUM

# Digitaler Raum: Herausforderungen und Chancen

von Dr. María del Pilar Ramírez Gröbli, Die Mitte  
14. Juli 2023



Die Digitalisierung ist aus dem heutigen Alltag nicht mehr wegzudenken. Das reibungslose Funktionieren der verschiedenen Bereiche der Wirtschaft sowie der Gesellschaft hängt immer mehr von technologischen Instrumenten ab oder ist mit dem Einsatz neuer digitaler Werkzeuge verbunden. Die Digitalisierung trägt dazu bei, wirtschaftliche und soziopolitische Prozesse effizienter zu gestalten und die Produktivität zu steigern. Die Geschwindigkeit, mit der digitale Technologien unseren Alltag durchdringen, führt aber auch zu bedeutsamen gesellschaftlichen Veränderungen.

Auf internationaler Ebene orientiert sich die Weltpolitik zunehmend an der Einführung von E-Government, manche sprechen sogar von der Schaffung digitaler Staaten. Diese technologischen Prozesse verändern nicht nur wirtschaftliche und soziale Prozesse, sondern auch politische Partizipationsformen und demokratische Strukturen. Während auf der einen Seite eine Vereinfachung zu beobachten ist, stellen sich auf der anderen Seite grosse Fragen nach dem Ausmass der Sicherheit, dem Umgang mit den Daten sowie der Kontrolle über diese Daten.

Die Partei der Mitte setzt sich für die Anerkennung von Schweizer Standards im digitalen Raum ein. Digitale Souveränität bedeutet einerseits die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen, die Schutz und Kontrolle über digitale Daten und neue Technologien bieten, andererseits aber auch die Gewährleistung eines breiten Zugangs für Individuen, Unternehmen und Organisationen, damit diese die Freiheit haben, digitale Anwendungen zu wählen und gleichzeitig die digitale Selbstbestimmung zu gewährleisten. Dies bedeutet, dass Mechanismen geschaffen werden müssen, um die Interoperabilität von Daten und Systemen zwischen der Schweiz und dem globalen Netz zu stärken und gleichzeitig die Kontrolle und den Schutz von Personen und Organisationen aus der Schweiz im digitalen Raum zu gewährleisten.

Um das Land im digitalen Raum im globalen Kontext zu steuern, muss sich die Schweizer Digitalausserpolitik auf die Stärkung der digitalen Gouvernanz konzentrieren.

Die Mitte fordert eine verantwortungsvolle und zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden koordinierte Entwicklung von E-Government. Die Regulierung des digitalen Raums im internationalen Kontext weist zahlreiche Lücken auf, die sich unter anderem aus den multilateralen Rahmenbedingungen, den verschiedenen Akteuren und den Regeln und Standards für die Digitalisierung ergeben. Dieser überlappende Prozess führt oft zu Unregelmässigkeiten, Rechtsunsicherheit und diskriminierenden Regeln, die sich auf die Innovation im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereich auswirken. Das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG) bildet die rechtliche Grundlage für die digitale Transformation und bietet eine Basis für die Regelung von Vereinbarungen zwischen Bund und Kantonen oder mit anderen Institutionen.

In diesem Sinne ist die Genehmigung der Finanzvereinbarung zwischen Bund und Kantonen zur Finanzierung des Agenda-Projekts «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» positiv zu werten, denn sie ermöglicht es, den Prozess in Gang zu setzen und die notwendigen Elemente für die digitale Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung bereitzustellen.